

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Demokratieerklärung für Mecklenburg-Vorpommern einführen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ab sofort von allen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern geförderten Organisationen eine schriftliche Einverständniserklärung, die Bekenntnisse zur

1. freiheitlich demokratischen Grundordnung,
  2. einer den Zielen des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern förderlichen Arbeit beinhaltet,
- zu verlangen.

Gegebenenfalls ist die Rechtslage entsprechend anzupassen.

**Nikolaus Kramer und Fraktion**

**Begründung:**

Die militanten Milieus wachsen weiter (Tagespiegel 08.01.2018). Die exzessiven Ausschreitungen zur Silvesternacht in Leipzig oder während des G-20-Gipfels in Hamburg haben gezeigt, dass es in Deutschland vor allem ein massives Linksextremismus-Problem gibt. Diese Ereignisse zeigen, „dass auch Linksextremisten darauf aus sind, unser Gemeinwesen zu zerstören.“ Diese Feststellung traf der zuständige Minister L. Caffier mit der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes Mecklenburg-Vorpommern 2016.

Im Jahr 2016 wurde laut Bericht des Bundesverfassungsschutzes im Bereich „politisch motivierte Gewaltkriminalität - links“ der bisher höchste Wert festgestellt (S. 100 ff.). Die Intensität der Gewalt nimmt zu und die linksextremistische Szene professionalisiert sich zunehmend.

Auch Mecklenburg-Vorpommern ist hiervon betroffen. Die Antwort der Landesregierung vom 07.08.2017 auf die Kleine Anfrage (Drucksache 7/853) ergab, dass linksextreme Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern massive und bundesweit wohlorgansierte Vorbereitungen für die gewalttätigen Aktionen gegen den Staat und seine Bürger trafen. Im Phänomenbereich „Links“ der politisch-motivierten Kriminalität ist daher folgerichtig ein massiver Anstieg auf 482 Straftaten (Vorjahr: 165) festgestellt worden (S. 86 Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern). Mit Sorge wurde im Bericht festgestellt, „dass der übliche Rahmen der Auseinandersetzung im demokratischen Wettbewerb bewusst verlassen wird, was sich auch durch gezielte Aufrufe zu Aktionen gegen die AfD zeigt.“ (S. 83) Besorgniserregend sei auch „dass derartige Aufrufe und Taten nicht nur die linksextremistische Einflussnahme auf die Zivilgesellschaft belegen, sondern auch zeigen, dass ‚Gewalt gegen rechts‘ verharmlost wird.“ (S. 84)

Die Präventionsarbeit im Phänomenbereich Linksextremismus muss daher ihrer Bedeutung entsprechend intensiviert werden, wie die beständigen Hetzaufrufe u. a. auf indymedia.org ([https://de.indymedia.org/antifa/Abruf 10.01.2018](https://de.indymedia.org/antifa/Abruf%2010.01.2018)) - siehe auch die Angriffe auf Gebäude der Polizei und Staatsanwaltschaft in Leipzig - deutlich machen.

Die 2011 von der Bundesministerin Schröder eingeführte und von ihrer Nachfolgerin im Amt Schwesig wieder abgeschaffte Demokratieerklärung verfolgte das Ziel, „eine Unterstützung extremistischer Strukturen“ zu verhindern. Gerade vor dem Hintergrund, dass in Mecklenburg-Vorpommern Vorbereitungen für jene gewalttätig verlaufenen Demonstrationen zum G-20 Gipfel getroffen wurden, ist es unabdingbar, von den Empfängern staatlicher Förderung ein klares schriftliches Bekenntnis gegen Extremismus und Gewalt in der politischen Auseinandersetzung jeglicher Art zu verlangen.